

Educación privatizada

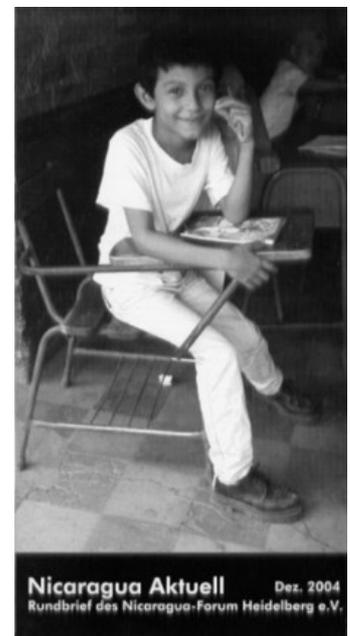
Nicaragua: Wie marktwirtschaftlich orientierte Reformen ein einst vorbildliches Bildungswesen ruinieren

Am 23. April 1980 begann in Nicaragua ein Prozess, der weit über die Grenzen des Landes hinaus Beachtung fand – der sogenannte „Kreuzzug gegen den Analphabetismus“. Neun Monate nach dem Sturz der Diktatur organisierte die sandinistische Revolutionsregierung Brigaden von nicaraguanischen SchülerInnen, StudentInnen und Intellektuellen, die für fünf Monate in Armenviertel und ländliche Gebiete zogen, um dort gemeinsam mit der Bevölkerung Programme zur Alphabetisierung und zur Verbesserung der Lebensverhältnisse zu entwickeln und umzusetzen. Der Einsatz von rund 100.000 brigadistas trug Früchte – zwischen April und August 1980 sank die AnalphabetInnenrate von 51 auf knapp 13 Prozent. Diese Erfolge wurden landesweit begleitet von einem Ausbau der formalen Bildungseinrichtungen, schließlich sollte Bildung für die Revolutionsregierung die Schlüsselrolle im humanistischen Umwandlungsprozess der nicaraguanischen Gesellschaft einnehmen und diesem Prozess einen kritischen und befreienden Inhalt verleihen.

Zehn Jahre später war das nicaraguanische Experiment zu Ende. Die Strategie der Regierungen der Vereinigten Staaten und der westeuropäischen Länder, mittels Handelsembargo, Seeblockaden und der Unterstützung bewaffneter konterrevolutionärer Banden das Land zu destabilisieren, hatte Erfolg: Ende 1989 wurde die sandinistische Regierung abgewählt. In allen gesellschaftlichen Bereichen begann ein „Roll-back“ und auch der Bildungsbereich wurde drastischen Veränderungen unterworfen. Umfangreiche Einsparungen wurden begleitet von einer Revision der allgemeinen Bildungsziele wie der konkreten Unterrichtsinhalte.

Schulgebühren und Privatschulen

Mitte der 90er Jahre begann die marktwirtschaftliche Ausrichtung des Bildungssektors und damit verbunden der schrittweise Rückzug des Staates aus diesem Bereich. In Absprache mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank – die dafür neue Kredite beziehungsweise eine Schuldenstreichung versprachen – begann die nicaraguanische Regierung mit der Umsetzung des Projekts der sogenannten „Schulischen Autonomie“. Hinter diesem progressiv klingenden Begriff verbirgt sich eine zunehmende Abwälzung der Kosten für Bildung auf die einzelnen Einrichtungen und somit auf die Eltern der SchülerInnen. Das nicaraguanische Zentrum für Menschenrechte (CENIDH) veröffentlichte in seinem Jahresbericht 2001 das Beispiel der Schule Pedro Aráuz Palacios. An dieser Einrichtung sind 58 Personen angestellt, darunter 42 LehrerInnen. Monatlich bekommt die Schule aber nur noch knapp 5.000 Euro vom Erziehungsministerium überwiesen – kaum genug für die Löhne. Um die anderen Kosten (Strom, Wasser, Instandhaltung, ...) begleichen zu können, ist die Schule jetzt gezwungen, eine Einschreibgebühr von rund drei Euro pro SchülerIn zu erheben. Die Auswirkungen von Schulgebühren in einer Gesellschaft, in der ein bedeutender Teil der Bevölkerung mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen muss, sind



leicht zu erahnen und den Verantwortlichen durchaus bewusst. So bemerkt die von den zentralamerikanischen Staaten ins Leben gerufene Comisión Centroamericana para la Reforma Educativa selbst, dass der Zugang zu Bildung in Nicaragua zuallererst eine soziale Frage ist. Laut deren Veröffentlichungen besucht ein Kind aus den reichsten 10 % der Bevölkerung durchschnittlich neun Jahre eine Bildungseinrichtung, hingegen ein Kind aus den ärmsten 30 % nur knapp drei Jahre zur Schule geht. Während Schulgebühren marginalisierte Bevölkerungsgruppen selbst von der minimalsten Bildung ausschließen werden, ist die höhere Bildung bereits mehrheitlich Privatsache. 54 % der Secundarias, d.h. der Schulen für die siebte bis elfte Klasse, sind bereits in Privathand, ebenso 29 der 33 Universitäten des Landes.

Als Konsequenz aus diesen Umstrukturierungen hat sich die Situation im Bildungsbereich in den vergangenen 15 Jahren extrem verschlechtert. Laut CENIDH gibt es in Nicaragua mittlerweile 600.000 Kinder, die keine Schule besuchen können und die AnalphabetInnenrate ist wieder auf rund 30 % angestiegen.

Prekäre Lage der LehrerInnen

Neben den SchülerInnen aus den unteren sozialen Schichten gibt es noch eine zweite große Gruppe, die eindeutig zu den Verlierern des Umstrukturierungsprozesses der vergangenen 15 Jahre zählt: die Lehrkräfte an den staatlichen Bildungseinrichtungen. Nicaraguanische LehrerInnen haben momentan einen Grundverdienst von knapp 70 Euro im Monat. Das sind nicht nur die niedrigsten Löhne für PädagogInnen in der Region, der Verdienst deckt auch nicht einmal die Hälfte dessen ab, was für den Grundwarenkorb, d.h. für eine gesunde Ernährung in Nicaragua aufgebracht werden müsste. Als Konsequenz daraus unterrichten LehrerInnen oftmals zwei bis drei Schichten pro Tag oder haben einen anderen Nebenjob, um über die Runden zu kommen. Dass unter solchen Bedingungen keine Unterrichtsvorbereitung möglich ist, und dass natürlich auch die Unterrichtsqualität leidet, liegt auf der Hand. Hinzu kommt, dass – vor allem im Vorschulbereich – ausgebildete Lehrkräfte durch „freiwillige LehrerInnen“ ersetzt werden. An Stelle eines Gehalts bekommen diese dann etwa 70 Cent pro Tag, d.h. ein Einkommen, das unter der Grenze liegt, ab der extreme Armut definiert wird.

Vor diesem Hintergrund versuchen die LehrerInnen immer wieder mit Arbeitskämpfen, zumindest einer weiteren Verschlechterung ihrer Situation entgegen zu wirken. Ende März traten beispielsweise die Lehrkräfte in den beiden Städten Estelí und Ciudad Sandino in den unbefristeten Ausstand, um von der Regierung eine bereits ausgehandelte Lohnerhöhung einzufordern.



Educación privatizada
Erschienen in: Info-Blatt 63
des Ökumenischen Büros
München 2004